

29. 10. 1915

Die Nahrungspolitik im Deutschen Reich.

Neue Freie Presse.

29. Oktober 1915

Seite 3

der Mittel, die von den einzelnen Staaten der Hilfeleistung für Serbien zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Meinungsverschiedenheiten ergeben sich ganz natürlich aus der Situation und aus den Interessen, welche die einzelnen Glieder des Vierverbandes mit den Waffen zu schützen haben. Frankreich hat sich durch England und Rußland in den Krieg führen lassen, unter der Vorpiegelung des sicheren Sieges, der den Franzosen nicht nur Elsaß und Lothringen, sondern auch den Rhein mit Köln, Mainz und Koblenz bringen sollte. An Serbien hat Frankreich nicht das geringste Interesse und die französische Nation kann nicht so tief eingeschächt werden, daß sie für Königsmörder ihre Kinder auf dem Schlachtfelde verbluten läßt. Aber Frankreich hat sich in diesen Krieg hineinbetragen lassen, und sieht nun einen großen Teil seines Gebietes, die produktivsten Teile des Landes, die Stätten der Arbeit in den Händen des Feindes. Und da sollen die Franzosen noch den Serben zu Hilfe kommen, deren verbrecherische Bomben das Kriegsunheil über die französische Nation gebracht haben! Frankreich soll Serbien retten; aber wer rettet Frankreich? Die Engländer? Sie können nicht helfen und wollen es auch nicht. Die englische Volksseele schließt sich den Franzosen immer mehr auf. Was sie darin sehen, ist nicht schön.

Man hört aus englischen Kreisen Stimmen, welche kennzeichnend sind für die britische Diplomatie: Wir können nur Erfolg haben in diesem Kriege, sagten die Engländer noch vor wenigen Wochen. Rußland soll nur geschlagen werden. Das schafft uns durch ein halbes Jahrhundert Ruhe in Indien und in Persien. Die Italiener sollen Tripolis verlieren, denn uns ist die Türkei als Nachbar in Afrika lieber als Italien. Das Schicksal Frankreichs tut uns weh, aber man kann nicht alle Freuden in einem Kriege haben. Unser Gewissen ist rein. Wir haben für Frankreich viermal mehr getan, als die Verträge uns auferlegten. So sprachen die Engländer vor einigen Jahren. Heute sprechen sie wohl anders, denn Deutschland bedroht den Weg über den Suezkanal und Deutschland mit seinen Alliierten kann leicht auch Ägypten in Gefahr bringen. Die Bewegung der Muselmanen wird durch den Erfolg der Zentralmächte und der Türkei zu einem mächtigen Sturm angefaßt, welcher Ägypten und Indien erfassen könnte. Wer denkt da in England ernstlich an Serbien? Und wer denkt an Serbien in Frankreich? In diesen Fragen ist die Ursache für die Krise in dem Vierverband gelegen und jener Krise, von welcher heute die Regierung der französischen Republik erfaßt wird. Ein jeder will, daß der andere für ihn blute.

B. F.

Die Nahrungspolitik im Deutschen Reich.

Wien, 26. Oktober.

Die Regierung des Deutschen Reiches hat es im Vorjahre als erste unternommen, einschneidende Maßnahmen in der Frage der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu treffen. Damals bestand die Gefahr, daß bei nicht geregelter Verbrauch ein Getreidemangel entstehen könnte. Mit raschem Entschlusse griff die deutsche Reichsregierung ein, die Getreidevorräte im ganzen Reich wurden beschlagnahmt, eine Rospquote wurde bestimmt, auf deren Zuweisung in Brot und Mehl jeder Einwohner des Deutschen Reiches Anspruch hatte. Gleichzeitig wurden entsprechende Maßnahmen getroffen, um die Streckung der Getreidevorräte zu ermöglichen. Der Regierungseingriff war von vollem Erfolg begleitet. Die Getreidevorräte reichten unter diesem Regime nicht nur hin, den Nahrungsbedarf der Bevölkerung vollkommen zu befriedigen, sondern zum Schlusse der Kampagne stellte sich heraus, daß dank der Fürsorge der Kriegsgetreidegesellschaft, welche in ihrer Tätigkeit von sämtlichen Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden auf das tatkräftigste unterstützt wurde, noch ansehnliche Vorräte an Edelgetreide im Lande vorhanden waren. Die Rospquoten konnten erhöht und sogar an das verbündete Oesterreich große Mehlmengen abgegeben werden. Der Regierungseingriff hatte gleichzeitig jede weitere Preissteigerung der Getreide- und Mahlprodukte verhindert, sich also nach jeder Richtung auf das glänzendste bewährt. Es erscheint daher selbstverständlich, daß auch für

die neue Getreidekampagne die bestehenden Einrichtungen und Bestimmungen weiter in Kraft blieben, und nach den Ernteergebnissen besteht auch kein Zweifel, daß auch für das laufende Jahr für den Brot- und Mehlkonsum der deutschen Bevölkerung in ähnlicher Weise reichlich gesorgt ist wie im ersten Kriegsjahre. Mittlerweile aber hat sich in anderen Artikeln ebenso wie bei uns eine empfindliche Preissteigerung fühlbar gemacht, die von Tag zu Tag akutere Formen annimmt, sowie überhaupt im zweiten Kriegsjahre sich die Notwendigkeit herausstellt, mit den Vorräten an wichtigen Nahrungsmitteln hauszuhalten und insbesondere, durch die Not des Krieges veranlaßt, nicht etwa an wertvollen Beständen der Landwirtschafts-Raubbau zu treiben, durch welche der Wiederaufbau der Friedenswirtschaft wesentliche Hemmnisse erfahren könnte. Die Regierung des Deutschen Reiches will nun nicht länger zögern, weil durch jedes Zuwarten eine Verschärfung der Situation herbeigeführt und der Staatseingriff um so kräftiger erfolgen müßte. Sie hat sich daher rasch zu energischen Maßnahmen entschlossen. Dieselben bewegen sich im großen und ganzen in zweifacher Richtung: Erstens soll jeder weiteren Preissteigerung entgegengearbeitet, eventuell sogar eine Ermäßigung des gegenwärtigen Preisniveaus durchgeführt werden; zweitens soll mit den Beständen jener Nahrungsmittel mit größter Sparsamkeit vorgegangen werden, in denen die Bestände knapp sind oder zumindestens knapp zu werden drohen. Der Kampf gegen die Preissteigerung wendet sich mit aller Energie gegen Produzenten und Händler, wobei als Grundsatz ausgesprochen wird, daß in allererster Reihe die Interessen des Konsums Berücksichtigung finden müssen und eventuell sogar den Produzenten und Händlern Verluste zugemutet werden dürfen, wenn es gilt, weitere Preissteigerungen hintanzuhalten oder wenn möglich, wenn dies im Interesse der Konsumenten geboten erscheint, die Preise herabzusetzen. Die Friedenswirtschaft stand in Deutschland seit Inaugurierung der Hochschutzzollpolitik durch Bismarck unter dem Zeichen des Schutzes der Produzenten und Händler, der Konsument wurde vernachlässigt. Die Kriegswirtschaft soll nach der nunmehrigen Erklärung der deutschen Regierung den Schutz der Konsumenten als Verwaltungsaufgabe in den Vordergrund treten lassen.

Die Maßnahmen zur Hintanhaltung der Preissteigerungen bewegen sich in mehrfacher Richtung. Es werden wohl Höchstpreise festgesetzt, aber nicht wie bisher einheitlich für das ganze Reich, sondern durch lokale Preisprüfungsstellen, als deren oberste Spitze eine Reichspreisprüfungsstelle geschaffen wird. Die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen ist nun durchaus nicht etwa auf einzelne Artikel beschränkt, sie darf Preise für alle Artikel des Lebensbedarfes festsetzen, in welchen die Preise ungerechtfertigt hoch erscheinen. Als Maßstab dafür, ob Preise ungerechtfertigt hoch stehen, gelten die in Friedenszeiten herrschenden Normalpreise. Knappheit in den Vorräten allein wird nicht als gerechtfertigte Ursache einer Preissteigerung erkannt. Knappheit der Bestände ist eine mit dem Krieg im Zusammenhang stehende Erscheinung und darf darum nicht die Ursache irgendeiner Konjunktur bilden, und die Not der Bevölkerung darf nicht zu Preistreibern oder Preissteigerungen benützt werden. Von diesen Grundsätzen sollen sich die einzelnen Preisfestsetzungskommissionen leiten lassen, wobei die lokalen Verhältnisse denn doch Berücksichtigung finden können. Hierbei geht die Regierung von der Ansicht aus, daß diese Maßnahmen bei all jenen Artikeln genügen werden, in denen der Vorrat ein hinreichender für die Ernährung der Bevölkerung ist, in denen also kein Mangel, sondern nur eine ungerechtfertigte Konjunkturausnutzung der Produzenten und Händler besteht. Dies gilt zum Beispiel für Kartoffeln. In diesem Artikel wurden Höchstpreise festgesetzt, gleichzeitig aber umfassende Requisitionen vorgenommen. 10 Prozent der Kartoffelernte wurden bei allen größeren Kartoffelbauern durch die Reichskartoffelstelle beschlagnahmt. Bei letzteren können nun einzelne Gemeinden Kartoffeln ansprechen,

Major ist in Lokalanstellung und der kommt noch nicht d'ran und der Blasius halt auch nicht vorläufig und. — klatzsch, klatzsch, klatzsch fuchtelte der Pracker auf den schönen Armeestandsmantel nieder, obgleich kein Stäubchen mehr drin war. Verärgert kam endlich die Köchin zum Vorschein: „Was machen's denn gar so ein Spektakel — man kriegt ja Kopfweh!“ — „Ja freili, Ihnen wär' halt auch a kleins bißel Kanonendonner g'sund! Herrgott, zu was bin i Soldat, zu was han i g'schworn? Kleinweis dawürg'n kommt i die Serben und die Russen und kann das'teh'n und Sabel poken, anstatt d'reinbaum . . . meiner Seel', da wär i ja glei lieber an Abwaschmadl! . . .“

Nun ist auch der Blasius längst am Ziel seiner Wünsche, er und sein Major sind längst draußen im Feld, alle, alle. Und so mancher von diesen bescheidenen, braven oder lustig verschlagenen Klopfsgeistern, die der Krieg sich hinweggeholt hat von beschaulichster Hausarbeit in den gigantischen Riesenbrand hinein, hat nun das „Begputzen“ und „Klopfen“ in blutigem Sinne erlernt. Manch einer ist über sich selbst hinausgewachsen, ist ein tapferer junger Krieger geworden, der redlich mitgewirkt hat an kühnen Siegestaten fürs Vaterland. Ein Offiziersdiener — so las man in den Zeitungen — hat als einer der hartnäckigsten aus einer Mauerlücke von Przemyśl auf den Feind geschossen, ein Offiziersdiener hat auf eigenste Faust ein Häuflein Russen zu Gefangenen gemacht, ein Offiziersdiener holte seinen schwerverwundeten Herrn aus dem dichtesten Kugelregen, labte ihn in einer nahen Deckung und trug ihn auf starken Armen durch flammenden Tod hindurch nach der Roten-Kreuz-Station . . . sie wurden alle drei dekoriert.

Ja, auch die Burschen, die der Weltkrieg gewandelt und in dieser Zeit der Wunder, hat so vieles Enge geweitet hat, so vieles Halbe ganz werden ließ, ist es am Ende auch gar nicht so erstaunlich, wenn aus einem simplen Preisfendackel ein — Heldenknecht wird!